

Beschluss der Beiräte Mitte, Findorff und der Östlichen Vorstadt zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Sozialzentrum

Seit Jahren ist und bleibt die finanzielle Situation der Träger und Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Bremen-Mitte, Findorff sowie der Östlichen Vorstadt angespannt. Die strukturell nicht auskömmliche Finanzierung hat sich sogar verschlechtert. Nur dank des herausragenden Engagements der jeweiligen Einrichtungen in den Stadtteilen und der Beschäftigten ist es überhaupt noch möglich, Angebote durch einen kreativen und flexiblen Umgang mit den vorhandenen Mitteln zu ermöglichen. Zentrale Angebote der Träger werden bereits durch das Einwerben von Drittmitteln und Bundesförderungen zusätzlich abgesichert.

Regelmäßig weisen die Beiräte der Stadtgebiete Bremen-Mitte, Findorff und Östliche Vorstadt auf die unzureichende und sich verschlechternde Situation der Träger hin. Mehrfach haben wir auf die Folgen durch eine unzureichend finanzierte OKJA hingewiesen: Auf die essenzielle Rolle, welche die Träger für viele Jugendliche und Familien einnehmen; auf die demographische Entwicklung, die durch ansteigende Zahlen bei Kindern und Jugendlichen mehr statt weniger Angebote der Träger nötig werden ließe; sowie auf die präventive Arbeit der Träger, die unmittelbare Auswirkungen auf die Prägung und Sozialisierung junger Menschen hat.

Trotz der Vehemenz, mit der sowohl die Beiräte als auch die Träger auf die Missstände aufmerksam machen, sind am Kernproblem - einer auskömmlichen Finanzierung - keine Veränderungen zu erwarten. Eine Neustrukturierung der OKJA auf Verwaltungsebene ist prinzipiell zu begrüßen. Sowohl die Beiräte als auch die Träger begrüßen institutionelle Förderungen und gesicherte Qualitätsstandards. Nichts desto trotz darf eine Neuausrichtung der Förderprinzipien nicht dazu führen, dass die Existenz bestimmter, nicht institutionell-geförderter Träger bedroht wird. Solange die Mittelverteilung unzureichend bleibt, besteht die Gefahr vor einer Priorisierung und damit Konkurrenz unter den Trägern um die knappe Ressourcenverteilung.

Steigende Personal- und Energiekosten bedeuten faktische Reduzierungen der Mittel. Die Pläne, etwaige Tarifsteigerungen über die OKJA-Gesamtmittel abzudecken, verschärft die bereits prekäre Lage der Mittelverteilung weiter. All dies erschwert eine vernünftige Arbeit der Träger und schafft akute Planungsunsicherheiten und damit begründete Existenzsorgen. Das wirkt sich nicht nur auf die Arbeit der Träger aus, sondern auch auf die Gewinnung und die langfristige Beschäftigung qualifizierten Personals. Sollten Einrichtungen aus den genannten Gründen geschlossen werden, ist nicht davon auszugehen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wiedereröffnet werden. Als Beiräte lehnen wir eine Priorisierung der Mittel unter den Trägern entschieden ab, da wir fest davon überzeugt sind, dass alle Träger durch ihre Vielfalt unterschiedlichste Kompetenzen und Qualitäten mit sich bringen, die essenziell für eine Diversität an Angeboten und die unterschiedlichen Bedürfnisse junger Menschen ist.

Die Beiräte der Stadtteile Bremen-Mitte, Findorff und der Östlichen Vorstadt fordern den Jugendhilfeausschuss sowie den Senat des Bundeslandes Bremen inständig dazu auf,

- die regelmäßig vorgetragenen Sorgen der Träger aus den oben genannten Gründen Ernst zunehmen und die teils drastischen Folgen für die Stadtteile durch eine unzureichende Finanzierung anzuerkennen und diesbezüglich die gebotene Verantwortung in Form präventiver Handlungen zu übernehmen,
- dass die bisher im SZ3 geförderten Einrichtungen und Projekte der OKJA auch nach Einführung der Qualitätsstandards vollumfänglich und nachhaltig finanziert werden. Begründet wird dieser gemeinsame Antrag der Beiräte Mitte, Findorff und Östliche Vorstadt und der in den Controlling Ausschüssen vertretenen freien Träger neben mit der im gemeinsamen Beschluss der Beiräte Bremen-Mitte und Östliche Vorstadt vom 11.11.2025 genannten Begründungen auch mit der aus SGB VIII §§ 3, 4, 11 hergeleiteten Trägervielfalt.

- Die Gesamtmittel für die genannten Stadtteile um mindestens 600.000 Euro aufzustocken. Diese Summe ist das Ergebnis der wiederholten kalten Kürzungen in Kombination mit den zuvor benannten Gründen für Kostensteigerungen.
- bestehende Forderungen, bspw. die ausformulierten Punkte aus dem gemeinsamen Beschluss der Beiräte Bremen-Mitte und Östliche Vorstadt vom 11.11.2025, weiterhin als bestehend und dringlich einzustufen.

Beirat Mitte, 17.02.2026